Keine Krisen im Sozialismus! Seite 4

1H 20150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 49 vom 15. Dezember 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Bonner "Stabilitätspolitik" bankrott!

BASF/Ludwigshafen: Brandt verspricht, alles für die "Sicherung der Arbeitsplätze" zu tun. Postwendend erklärt der BASF-Vorsitzende Timm, bei BASF werde es zu Entlassungen kommen. So schnell und so deutlich sind die Lügen der Bonner Regierung selten entlarvt worden.

Diese Regierung hat sich die Wählerstimmen mit einem ganzen Sack von Versprechungen erschwätzt: Bekämpfung der Inflation, mehr 'Lebensqualität', Stabilität der Arbeitsplätze...

Der Wahlkampfschaum ist in sich zusammengefallen. Nicht die Inflation wurde bekämpft, sondern die Arbeiter, die sich durch Streiks für Teuerungszulagen wenigstens gegen die schlimmsten Auswirkungen der inflationären Entwicklung schützen wollten. Polizeitruppen gegen streikende Arbeiter – ist das die vielbeschworene "Verbesserung der Lebensqualität" des Herrn Brandt?

Oder sollen wir die neue "Qualität des Lebens" in der Tatsache sehen, daß die Werktätigen in diesem Staat ihre Wohnungen nicht mehr so heizen dürfen, wie sie es wünschen, daß an den Arbeitsplätzen nicht nur gesteigerte Arbeitshetze für sie bereitsteht, sondern oft genug die Aussicht, frieren zu müssen.

Wer redet denn noch von "Stabilität der Arbeitsplätze", wo in den Zeitungen täglich neue Arbeitslosenzahlen stehen, wo statt der versprochenen Sicherheit, die Unsicherheit in den Arbeiterhaushalten Einzug hält? **Die Pfiffe für Brandt bei BASF haben deutlich gemacht, daß die Kollegen Brandts Aufforderung, in dieser Situation "nicht falschen Propheten zu trauen" richtig zu deuten wissen: die falschen Propheten sitzen in Bonn!**

Aber die Alternative heißt nicht, bei der nächsten Wahl sein Kreuz hinter eine andere Partei zu setzen. Diese Regierung handelt als Instrument der Kapitalistenklasse, wie es jede CDU/CSU-Regierung auch getan hat. Der Bankrott der sogenannten 'Stabilitätspolitik' der Brandt-Regierung ist Ausdruck der Krise des kapitalistischen Systems. **Weil der Kapitalismus den Werktätigen keine andere Perspektive mehr bieten kann, als in ständigen Abwehrkämpfen gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage anzukämpfen, kann die Regierung nur versuchen, die Arbeiterklasse durch massive Lügenpropaganda über die tatsächliche Lage zu täuschen.**

Aber die Wirklichkeit zerfetzt diesen Lügenschleier. Dann wird der imperialistische Staat, was mit Lüge und Betrug nicht mehr durchzusetzen ist, mit brutaler Gewalt durchzusetzen versuchen: Alle Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.



Zum Kampf bereit!

NEHMT KEINE ENTLASSUNG, KEINE STUNDE KURZARBEIT KAMPFLOS HIN!

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Kampf dem Energiesicherungsgesetz!

In der vierten Woche nach Inkrafttreten des Energiesicherungsgesetzes ist noch immer keine Lockerung der "Sparmaßnahmen" in Sicht. Im Gegenteil, es wird bereits die Ausweitung des Fahrverbots auch auf die Samstage vorbereitet. Heizungen und Beleuchtung bleiben weiterhin auf klein geschaltet und "zuständige Kreise" reden von möglichen Stromsperren. Die Heizölpreise liegen noch immer 80-100% über denen von früher.

Diese Folgen der imperialistischen, antiarabischen Politik des westdeutschen Imperialismus versucht uns die Regierung auf jede erdenkliche Weise schmackhaft zu machen. 'Friedenswilly' Brandt reist durch die Lande und beschwört die Solidarität: "Wir sitzen alle in einem Boot – wir dürfen uns nicht verrückt machen lassen – man kann uns nicht erpressen, wenn wir zusammenstehen", so und ähnlich lauten seine demagogischen Sprüche. Er möchte erreichen, daß Arbeiter, Bauern und andere Werktätige sich nicht gegen die Politik der Unterstützung des räuberischen israelischen Zionismus stellen und die Folgen dieser Politik auf dem Energiesektor ohne Gegenwehr hinnehmen. Wie aber sieht das 'gemeinsame Boot' aus, in das uns Brandt zusammen mit den westdeutschen Imperialisten setzen möchte?

Beispiel Nr. 1: Wer trägt die überhöhten Heizölpreise? Arbeiter, Bauern und Werktätige. Zur "Vermeidung sozialer Härten" wurde ein Heizkostenzuschuß für Bedürftige aus Steuergeldern angekündigt, den zahlen also auch wir alle. Durch die gestiegenen Heizölpreise verteuern sich für uns viele Waren des täglichen Gebrauchs. So sichert Brandts Regierung die Riesenprofite der Ölkonzerne. Wir bezahlen dafür die Zeche.

Beispiel Nr.2: Wen trifft das Sonntagsfahrverbot? Arbeiter, Bauern und Werktätige. Kapitalisten beschaffen sich noch allemal die Genehmigung für ihre sonntäglichen Vergnügungsfahrten.

Das ist die 'Solidarität', die Brandt von uns verlangt.

Bei Hausbesuchen in Bochumer Arbeitervierteln stellten Genossen der KPD/ML und ihrer Massenorganisationen in Gesprächen mit den Menschen fest, daß viele auf Brandts Solidaritätsmasche nicht mehr hereinfallen. **"Die Herren von Regierung und Industrie stoßen sich fett und gesund, wir Arbeiter und Angestellten opfern Schweiß und Gesundheit. Die Kriege und Krisen sind nicht in unserem Interesse. Sie sind auch keine Naturereignisse. Dahinter stecken handfeste Interessen des Kapitals."** Das und ähnliches sagten die Bochumer Arbeiter.

Die KPD/ML hat in vielen Veranstaltungen gegen die antiarabische Politik der westdeutschen Imperialisten Stellung bezogen und den Ausweg aus der Ölverknappung aufgezeigt: Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel und Unterstützung der gerechten Sache der arabischen Völker, vor allem des palästinensischen Volkes. Unsere Solidarität zeigten unsere Genossen bei einer Veranstaltung der KPD/ML in Westberlin auf: **Zusammenschluß aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen den gemeinsamen Feind, den westdeutschen Imperialismus, den US-Imperialismus, das Komplott der Supermächte USA und Sowjetunion und den israelischen Zionismus!**



Stützen der Gesellschaft: „Alles in schönster Ordnung"

Kommentar

An die Seite der arabischen Völker!

'Bild' kämpft. An seiner Seite die gesamte kapitalistische Presse. Es geht gegen die Reichen, die in pompös eingerichteten Büros hokken, die in Luxusschlitten kutschiert werden, die bei Sex- und Whiskyorgien Millionen verprassen, ohne jemals auch nur 1,- DM durch eigene Arbeit verdient zu haben, die in eiskalter Berechnung nur an ihren Profit denken.

Das sind unerhörte Töne, die da aus den Schreibstuben des Kapitals zu uns dringen. Und die Herren aus den Vorstandsetagen der Großbanken, die Konzernbosse von Siemens, AEG, Krupp usw. – fühlen sie sich angesprochen? Ganz im Gegenteil: Sie applaudieren.

Für sie gibt es auch keinen Grund zur Beunruhigung. Springer und Konsorten schießen nicht gegen das Finanzkapital. Der Feind steht in der Wüste: die Ölscheichs.

Der Sturm der Entrüstung, der die gesamte bürgerliche Presse ergriffen hat, scheint auf den ersten Blick nicht ohne Berechtigung zu sein. Natürlich ist es nicht gerecht, wenn die Scheichs Milliarden scheffeln, während das Volk sich – im Vergleich dazu – mit Almosen zufrieden geben muß.

Bloß hat man von den gleichen Schreiberlingen noch kein Wort vernommen, aus dem ein auch nur annähernd ähnlicher Gerechtigkeitssinn im Bezug auf die kapitalistischen Verhältnisse hierzulande hervorginge. Wer gegen die Profitgier, gegen das ausschweifende Leben und gegen die Verschwendungssucht der Millionäre zu Felde ziehen will, braucht nicht in der Wüste umherzuirren, er findet genug Stoff in den Klatschspalten der bürgerlichen Presse, in denen eben dieser Lebensstil der herrschenden Klasse verherrlicht wird.

Worum es in Wirklichkeit geht, ist sonnenklar: der Erdölboykott der arabischen Staaten hat die westdeutschen Imperialisten empfindlich getroffen. Jetzt soll verhindert werden, daß die werktätige Bevölkerung erkennt, daß es die aggressive, von Profitgier diktierte Politik des westdeutschen Imperialismus im Nahen Osten ist, die den Erdölboykott der arabischen Staaten provoziert hat, und die darum auch dafür verantwortlich ist, daß die Werktätigen in diesem Land an Benzin, Diesel, Heizöl und inzwischen auch anderen Produkten Mangel leidet. Durch ihre Teilnahme am Erdölboykott unterstützen die sogenannten Ölscheichs die arabische Sache gegen den Imperialismus. Sie verteidigen die nationalen Interessen ihrer Länder. Sie spielen darum momentan eine fortschrittliche Rolle. Ihre Haltung schwächt die Imperialisten, die auch die Feinde der Arbeiterklasse sind.

In einem Aufwasch soll gleichzeitig den Ölscheichs auch noch die Verantwortung für die kommende Krise in die Schuhe geschoben werden. Die zunehmende Verschärfung der inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems soll durch die Beschwörung des äußeren Feindes vertuscht werden. So ähnlich kennen wir das doch schon: Schluß mit der Selbstzerfleischung im Klassenkampf, Gürtel enger schnallen, in der Volksgemeinschaft Tritt gefaßt und mit "Sieg Heil" gegen die arabischen Untermenschen.

Denn wie ein richtiger Araber aussicht, das weiß doch heute schon jedes Kind von den Hetzkarikaturen in den Zeitungen: stechender Blick, Kinn meistens unrasiert, breites böses Grinsen und ein Pferdegebiß.
Diese widerliche rassistische Hetze soll gleichzeitig verhindern, daß die Arbeiterklasse erkennt, wo in Wirklichkeit ihr Platz ist: an der Seite der arabischen Völker. Welcher Arbeiter solidarisiert sich schon mit milliardenschweren Ölscheichs? Vom Kampf der arabischen Volksmassen für die Befreiung ihrer Länder vom imperialistischen Joch wird in der Kapitalistenpresse praktisch kein wahres Wort berichtet. Vom heroischen Kampf des palästinensischen Volkes für die Befreiung seiner angestammten Heimat von den zionistischen Besatzern bleibt nicht viel mehr übrig als ein paar Flugzeugentführungen und Sprengstoffattentate.

**ES LEBE
DER PALÄSTINENSISCH-ARABISCHE BEFREIUNGSKAMPF!**

**SOFORTIGER ABBRUCH
DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN MIT ISRAEL!**

**SCHLUSS MIT DER RASSISTISCHEN HETZE
GEGEN DIE ARABISCHEN VÖLKER!**

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

Vertrag Bonn-Prag: Auf dem Rücken des tschechoslowakischen Volkes

Im September hatte Brandt seine Pragreise kurzfristig abgesagt: In der Frage der Rechtsvertretung westberliner Gerichte durch westdeutsche Konsulate in der CSSR wollte die Marionettenregierung Moskaus in Prag nicht nachgeben. Nachdem Außenminister Scheel Anfang November in Moskau war, wird Brandt nun doch nach Prag fahren, um den Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Westdeutschland zu unterzeichnen.

Ziel der westdeutschen Imperialisten bei diesem Vertrag war und ist es, das Münchner Abkommen im Prinzip aufrechtzuerhalten, um in anderen Zeiten, wenn sie sich stark genug fühlen, Ansprüche auf tschechoslowakische Gebiete geltend machen zu können. Bei dem Rechtshilfeabkommen, das zugleich geschlossen werden sollte, geht es für die westdeutschen Imperialisten darum, seinen revanchistischen Zielen den Boden zu bereiten: Westberlin soll in jeder Hinsicht als fester Bestandteil Westdeutschlands anerkannt werden.

Diese Ziele können – das wissen die westdeutschen Imperialisten sehr genau – nur über Moskau erreicht werden. Die westdeutschen Imperialisten versuchen ihre Politik durchzusetzen, indem sie das Gerangel der beiden Supermächte in Europa um die Vorherrschaft nutzen.

Auch die Sozialimperialisten haben bei diesen Verhandlungen ihre festumrissenen Ziele. Ihr Vorgehen ist darauf gerichtet, den US-Imperialisten in Westeuropa den Rang abzulaufen, ihnen die Vorherrschaft in Westeuropa abzuringen, um über ganz Europa ihre Herrschaft zu errichten. Dabei versucht der sowjetische Sozialimperialismus die westdeutschen Imperialisten durch Angebote zu ködern, um sie mehr und mehr aus den Armen der US-Imperialisten in seine Abhängigkeit zu bringen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten kennen die imperialistischen Hoffnungen und Träume der nach Macht strebenden westdeutschen Imperialisten und machen sich diese Bestrebungen zunutze, indem sie den Schacher mit Bonn in die Höhe treiben.

Aus dem Vertrag

Kernpunkt dieses Vertrages ist die Stellungnahme zum Münchner Abkommen. Im Vertragstext heißt es:

"Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik betrachten das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig."

Damit wird das Münchner Abkommen nicht **von Anfang an und in jeder Beziehung als imperialistische Erpressung** verurteilt, werden die westdeutschen Imperialisten nicht verpflichtet, die imperialistische Raubpolitik Hitlers infolge des Münchner Abkommens **grundsätzlich für verbrecherisch, für null und nichtig zu erklären.** Sondern nur **"im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen."** Die westdeutschen Imperialisten haben sich damit das Tor offen gelassen, zu anderer Zeit oder im "Hinblick auf andere Beziehungen" sogar noch Nachfolgeansprüche an das Münchner Abkommen zu stellen.

Ebenso wird durch den Vertrag Bonn-Prag dem tschechoslowakischen Volk das Recht genommen auf einen Friedensvertrag mit Westdeutschland, in dem die westdeutschen Imperialisten ausdrücklich die imperialistischen Verbrechen Hitlerdeutschlands von grund auf verurteilen.

So fanden die eigentlichen Verhandlungen denn auch nicht in Prag statt, sondern Scheel fuhr Anfang November nach Moskau, um dort mit den Sozialimperialisten über die Beziehungen zur Tschechoslowakei zu verhandeln. Das Ergebnis: In einem gemeinsamen Papier von Gromyko und Scheel heißt es: "Was die Gewährung von Rechtshilfe für Westberliner Gerichte betrifft, so beabsichtigen sie (Bonn und Moskau), diese Fragen in einer für die interessierten Seiten annehmbaren Form entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 zu regeln."

Die westdeutschen Imperialisten haben damit zwar ihr ursprüngliches Ziel – die Zustimmung für die Einverleibung Westberlins – noch nicht ganz erreicht, aber sie haben weiterhin die Aussicht, in längerem Schacher mit Moskau ihr Ziel zu verwirklichen.
Die Sozialimperialisten aber haben mit dieser Regelung sich weiterhin die Möglichkeit gesichert, auf Bonn Druck auszuüben, um sich größeren Einfluß in Westeuropa zu verschaffen.

Betroffen bei dem Schacher um den tschechoslowakischen Vertrag ist vor allem das tschechoslowakische Volk.
Unter dem Militärstiefel der sowjetischen Sozialimperialisten muß es ertragen, wie die Moskauer Führer auf eine eindeutige Null- und Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens verzichten, muß es ertragen, wie seine Rechte auf einen Friedensvertrag mit Westdeutschland mit Füßen getreten werden.
1968 hat das tschechoslowakische Volk gezeigt, daß es nicht im Traum daran denkt, den sowjetischen Militärstiefel auch noch zu putzen, daß es nicht zulassen will, daß die Kremlführer auf seinem Rücken sozialimperialistische Raub- und Machtpolitik betreiben.



Einmarsch in Prag 1939: „Weitere Erfolge nur durch Blutvergießen"

"Strukturreform" in der Bundeswehr
Länger Soldat - mehr Soldaten

Vor dem Bundestag breitete Verteidigungsminister Leber die Pläne der Regierung zur Ausrichtung der Bundeswehr aus: Zum einen soll die Verfügungsbereitschaft von 3 auf 12 Monate verlängert werden, zum anderen sollen Personalkosten gespart werden, um dafür neue Waffensysteme anzuschaffen. Beides soll den westdeutschen Imperialisten eine jederzeit einsatzbereite schlagkräftige Armee verschaffen.

Seit über 2 Jahren wird daran zielstrebig gearbeitet. Die Wehrzeit wurde auf 15 Monate verkürzt, sodaß statt 60% der Wehrpflichtigen eines Jahrganges 70% eingezogen werden können. Nach den 15 Monaten erfolgt laut Leber-Plan ein 12-monatiger "unbezahlter Urlaub", die Verfügungsbereitschaft, (bisher 3 Monate). Währenddessen kann jeder sofort zu Übungen eingezogen werden. Im Ergebnis: länger Soldat – und mehr Soldaten

Ziel dieser Umstrukturierung ist es, innerhalb der Truppenverbände einen harten Kern von Berufssoldaten zu schaffen, der jederzeit einsatzbereit ist und dann Zug um Zug durch Verfügungsbereitschaft und Reservisten massenhaft ergänzt und aufgefüllt werden kann. Die Reservistenverordnung wurde ebenfalls bereits 1971 geändert, sodaß bis 1982 etwa 2,4 Millionen Soldaten in Reserve stehen. Auf diesem Wege wird der Deutschlandvertrag umgangen, der eine Armeestärke von höchstens 500 000 Mann zuläßt.

Andererseits schafft diese Umstrukturierung eine "Personalkostenersparnis", die zum Kauf modernster Waffensysteme verwandt werden soll. (Allein die Umrüstung der Luftwaffe auf das Mehrkampfflugzeug MRCA kostet 16 Milliarden).

Der Ausbau der Bundeswehr, die von Jahr zu Jahr stärkere Aufrüstung ist nicht nur eine Bedrohung der Völker Europas: Im Mai dieses Jahres "übten" im Manöver "Römer-Kastell" Bundeswehreinheiten den Einsatz gegen "demonstrierende Arbeiter der Henschel-Werke in Kassel", wobei Soldaten als Arbeiter verkleidet den "Feind" spielen mußten. In der Lageordnung hieß es: "In Kassel hätten offensichtlich organisierte Arbeitergruppen die Arbeit niedergelegt und hinderten Arbeitskollegen an der Fortführung der Arbeit. Weder der Firmenleitung noch den Gewerkschaften sei es gelungen, die Wiederaufnahme der Produktion durchzusetzen.

Doch Waffen und Manöver werden den Imperialisten letztlich nicht viel nützen.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466 (Verlag G.Schubert). Tel.: 0 21 41/228 259. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg.
Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gewerkschaftsausschluß gegen Jugendvetreter

Südbremse IGM - Bonzen - Ordnungshüter des Kapitals

Zur Metalltarifrunde stellte der Vertrauensleutekörper der Süddeutschen Bremsen-AG (kurz Südbremse) die Forderung auf: 18% bei 9-monatiger Laufzeit, 6 Wochen Urlaub und Erhöhung des Urlaubsgeldes.

Auf einer Vertrauensleute-Schulung in Schliersee versuchte der Ortsvorstand der IGM zwei Tage lang, die betriebliche Forderung auf 15% herunterzudrücken oder wenigstens eine Einbeziehung des Urlaubsgeldes in die 18% zu erreichen. Schließlich brauchen die IGM-Bonzen eine "Basis", auf deren Wünsche sie sich hinterher mit ihrer 15%-Forderung berufen können.

Aber die Vertrauensleute der Südbremse blieben fest.

Nicht zum ersten Mal wurde den Bonzen kontra gegeben. Schon auf zwei Belegschaftsversammlungen hatten die Kollegen IGM-Bonzen Laus vom Ortsvorstand nicht mehr zu Wort kommen lassen.

Ihre Sympathien gehörten klassenkämpferischen Kollegen wie beispielsweise dem Jugendvertreter Franz P., der zusammen mit den Lehrlingen eine Viertelstunde mehr Pause erkämpft hatte, der sich führend an einem Solidaritätsstreik gegen die Entlassung des kommunistischen Lehrlings Peter W. eingesetzt hatte.

Die Betriebszeitung der KPD/ML bei Südbremse, "Der Motor", konnte sich bei diesen Auseinandersetzungen und Kämpfen zunehmend das Vertrauen der Kollegen erwerben. Sie trug dazu bei, die Stellung des Betriebsratsvorsitzenden Hartl und seiner Clique zu erschüttern.

Kein Wunder, daß Kapitalisten und IGM-Bonzen um den Betriebsfrieden fürchten. Kein Wunder aber auch, daß sie vor allem die Zeitung der KPD/ML und die klassenkämpferischen Kollegen im Betrieb außer Gefecht setzen wollen. Betriebsratsvorsitzender Hartl und die IGM setzten sich als Ordnungshüter für die Kapitalisten ein.

Als eine neue Nummer des "Motor" erschien, ließ Hartl den Jugendvertreter Franz holen. Denn das mußte nach Ansicht von Hartl der Informant der KPD/ML sein. Die freigestellten Betriebsräte kamen mit bunt unterstrichenen Betriebszeitungen der KPD/ML und versuchten zweimal ein "Geständnis" zu erzwingen. Ohne Erfolg. **Darauf stellte Hartl den Antrag auf Ausschluß des Jugendvertreters Franz P. aus der IG Metall. Die D'K'P unterschrieb mit.** Als Franz P. am Montag auf einer Betriebsratssitzung erschien, um seine Rechte und Pflichten als Jugendvertreter wahrzunehmen, forderte ihn Hartl auf, zu verschwinden. Da Franz P. auf seinem Recht beharrte, löste Hartl kurzerhand die Betriebsratssitzung auf, um dann gleich darauf die Sitzung ohne Jugendvertreter Franz weiterzuführen. Es gelang ihm jedoch nicht, alle Betriebsräte für den Ausschluß zu gewinnen.

Die D'K'P-Betriebsgruppe beschloß auch intern, den Jugendvertreter Franz nicht zu unterstützen, weil er ein Feind der D'K'P und der Sowjetunion ist. Es sei nur gut, wenn man ihn los sei.

Da machte ein D'K'P-Kollege nicht mit. Er sagte: "Warum heißt es sonst immer, wir kämpfen gegen das Berufsverbot? Was ist denn erst, wenn die D'K'P an die Macht kommt? Er solidarisierte sich mit dem Jugendvertreter, für den inzwischen schon in mehreren Hallen Unterschriften gesammelt wurden.

Die D'K'P-Führer merkten, daß sie bei soviel Sympathie geschickter vorgehen mußten. Schnell schalteten sie um. Die gleichen Leute, darunter Bundestagskandidatin Erika Grube, die den Ausschlußantrag unterschrieben und befürwortet hatte, verurteilten jetzt das Ausschlußverfahren. Aber wie! In ihrem "Solidaritätsartikel" in "Bremsreport",

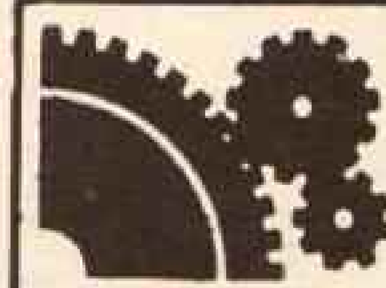
der Betriebszeitung der D'K'P, hetzen sie erst gegen die KPD/ML, als dessen Sympathisanten sie Franz P. bezeichnen. Dann schreiben sie: "Trotzdem meinen wir, dürfen für einen Ausschluß nur schwerwiegende Beweise persönlichen antigewerkschaftlichen Verhaltens und nicht ein politisches oder weltanschauliches Bekenntnis herangezogen werden."

Das ist nichts anderes als ein Wink mit dem Zaunpfahl: Wenn ihr einen ausschließt, bloß weil er Kommunist ist, zieht ihr auch bloß die Empörung der Kollegen zu. Greift ihn persönlich an!

Genauso geht die Bourgeoisie gegen die KPD/ML vor. Sie traut sich nicht, sie offen als kommunistische Partei anzugreifen und erfindet neue Lügen, die beweisen sollen, daß ihre Mitglieder und Sympathisanten Verbrecher und Kriminelle sind.

Und alle diese Angriffe im Gewande der Solidarität!

An diesem Beispiel sieht man, wie hinterhältig die Revisionisten vorgehen. Der Fehler der KPD/ML-Betriebszelle war, daß sie das Treiben der D'K'P-Revisionisten nicht schnell genug entlarvte und damit den D'K'P-Führern die Möglichkeit gab, sich die Hände reinzuwaschen und sich herauszuwinden. Aber der Kampf gegen den Gewerkschaftsausschluß von Franz P. geht weiter. In diesem Kampf wird die KPD/ML auch dafür sorgen, daß immer mehr Kollegen erkennen, daß die Revisionisten genau wie die Gewerkschaftsbonzen Handlanger des Kapitals sind.



Arbeiterkorrespondenz

Sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Wolfgang Sch.!

Auf einer Jugendversammlung bei der Telefonbau und Normalzeit GmbH wurden Forderungen aufgestellt wie: 100 DM Teuerungszulage, volle Fahrkostenrückerstattung, 30 Tage Urlaub, Bezahlung der Ausbildungsmittel, Weg mit den Abwesenheitslisten usw. Es war auch davon die Rede, für die Durchsetzung der Forderungen zu streiken. Die Jugendvertretung sollte so schnell wie möglich die nächste Jugendversammlung durchführen.

Ernst nachdem der Betriebsratsvorsitzende erfahren hatte, daß die Lehrlinge für ihre Versammlung Unterschriften sammelten, setzte er einen Termin für die Versammlung an. Drei Tage vorher hieß es dann plötzlich: Die Versammlung kann nicht stattfinden – jeder, der doch hingehe, habe mit der Kündigung zu rechnen.

25 Lehrlinge gingen zum Betriebsrat, um die genauen Hintergründe zu erfahren. Einer dieser Lehrlinge, Wolfgang Sch., wurde inzwischen fristlos gekündigt, weil er angeblich einen Ausbilder bedroht hat. Der Betriebsrat hat der Kündigung zugestimmt. Die Kündigung kam genau einen Tag vor der Betriebsversammlung, weil Kapitalisten und Betriebsrat Angst hatte, daß die Lehrlinge dort ihrer Empörung Luft machen würden. Die Jugendvertretung hat sofort den Betriebsratsbeschluß ausgesetzt – der Betriebsrat muß also innerhalb einer Woche noch einmal neu über die Entlassung beschließen.

Die Lerhlinge haben den Kampf gegen die Entlassung aufgenommen. In der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe, bei TN in der auch die Rote Garde mitarbeitet, wurde eine Resolution ausgearbeitet, in der auch die politische Bedeutung der Entlassung erklärt wurde. Dieser politische Teil der Resolution wurde auf Betreiben des RJVD (Jugendorganisation der rechtsopportunistischen Spalterorganisation KABD) abgelehnt und durch einen anderen Schluß ersetzt. Jetzt werden auf der Grundlage der abgeänderten Resolution Unterschriften für die Wiedereinstellung des Kollegen Wolfgang Sch. gesammelt. Die Rote Garde wird diesen Kampf mit allen Kräften unterstützen und dabei auch die Fehler, die gemacht werden, offen kritisieren.

"Schwungrad" Betriebszeitung der KPD/ML für KHD:

"Arbeitsschutz" im Kapitalismus

Bis zum heutigen Tage hat KHD noch keine Maßnahmen getroffen um die lebensgefährlichen Zustände in der Schmelzerei abzuschaffen. Jedem KHD-Arbeiter kann es passieren, daß er, wenn er durch den Hauptdurchgang zur Schmelzerei geht, eine Ladung flüssiges Eisen ins Kreuz bekommt. Wie jeder weiß, führt einer der beiden Hauptdurchgänge durch die Stelle, an der das flüssige Eisen in die Formanlagen gegossen wird.

Alle 10 bis 15 Min. transportiert der Kran den Behälter mit ca. 6 t flüssigem Eisen zur Ausgußstelle. Häufig passiert es, daß das flüssige Eisen in den Ausgußtrichtern überläuft, so daß Fontänen von Eisenspritzern auf den Durchgang fallen. Ständig passiert es, daß Arbeiter, die hier durchgehn müssen, kleine Verbrennungen an Haut und Kleidern bekommen. Es ist sogar schon öfters vorgekommen, daß größere Mengen flüssiges Eisen auslief und sich in sekundenschnelle riesige Lachen auf dem Boden bildeten. Einige Kollegen wurden schon hiervon überrascht und haben sich schwere zum Teil lebensgefährliche Verbrennungen an Füßen und Rücken zugezogen.

Diese gefährlichen Zustände bestehen nun schon seit zwei Jahren, seitdem die neue Formanlage gebaut wurde.

Bis jetzt haben Betriebsrat und Geschäftsleitung es nicht für nötig befunden, hieran etwas zu ändern. Sie kümmern sich einen Dreck um unsere Sicherheit. Sie geben keinen Pfennig dafür aus, die Ausflußstelle mit den notwendigen Schutzeinrichtungen zu versehen.

Auch in der letzten Betriebszeitung der D"K"P (Motor) wurde uns nichts anderes vorgeschlagen, als sich beim Gewerbeaufsichtsamt zu beschweren. Sie fordern uns damit praktisch auf darauf zu warten bis die Herrn Kapitalisten so gütig sind und von selbst "großzügigerweise" auf Kosten ihres Profits hieran etwas ändern. Wenn es nach der D"K"P ginge, könnten wir bis zum St. Nimmerleinstag warten, bis das Gewerbeaufsichtsamt, das im Dienste der Kapitalisten steht, etwas unternimmt. Nur der geschlossene Kampf der Arbeiter selbst kann an diesem Zustand Abhilfe schaffen.
Wir fordern:

Sofortiger Einbau der notwendigen Sicherheitseinrichtungen !

Sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Krawutschke !

Am 30.11.73 fand vor dem total überfüllten Arbeitsgericht in Bochum der Prozeß Walter Krawutschke gegen Opel statt. Der Kollege hatte gegen seine fristlose Entlassung nach dem Streik bei Opel geklagt.

Nachdem W.K. zwei Tage vorher auf einer Veranstaltung der Roten Hilfe über den Streik bei Opel und seine Entlassung berichtet hatte, wurde er am Prozeßtag von ca 50 Mitgliedern des Opel-Solidaritätskomitees und einigen Opel-Kollegen vor Gericht stürmisch begrüßt.

Sofort mußte das Klassengericht seine erste Niederlage einstecken: Zwei Zeugen des Kollegen, die das Gericht ausgeladen hatte, waren trotzdem erschienen. Einer hatte sogar bei der Bundeswehr Urlaub genommen.

Und das waren die Zeugen von Opel: Zwei Meister bzw. Obermeister, Wachmann Kalinski vom Werksschutz, auch Bombenkalle genannt, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Speckmann, der inzwischen als Sachbearbeiter in der Personalabteilung seinen Reibach macht, sich vor Gericht jedoch als Dreher ausgab, und zwei protugiesische Kollegen, die kaum Deutsch konnten.

Obermeister Babock behauptete, W.K. habe diese beiden Kollegen mit Gewalt zum Streiken gezwungen. Dagegen sagten sie selbst, sie hätten W.K. nie gesehen. In Wirklichkeit hatte W.K. einem der beiden anerkennend auf die Schulter geklopft, als er sich dem Streik anschließen wollte.

Babock machte sich vor Gericht für das "Recht auf Arbeit" stark. Dieses Recht dürfe auch nicht durch Streik gefährdet werden!

Wie ein alter SS-Mann trat Wachmann Kalinski auf: "Ich bin bei Opel für die Sicherheit und Ordnung da. Ich habe Anweisung, möglichst immer keinen zum Betriebsrat zu lassen." Und bei "wilden Streiks", die ja sowieso ungesetzlich seien, habe erst recht kein Kollege das Recht, zum Betriebsrat zu gehen. Er behauptete, W.K. habe ihn "zur Seite gedrängt." Diese Aussage wie alle Angriffe der Opel-Zeugen auf W.K. wurden von den Kollegen klar als Lügen entlarvt.

Die Solidarität der Kollegen während des Streiks ging vor Gericht weiter und machte alle Versuche, W.K. als gewalttätigen Rädelsführer anzuprangern zunichte.

Gegen die Solidarität der Kollegen mit einem ihrer besten Interessenvertreter kann auch ein bürgerliches Klassengericht nichts ausrichten. Übrig blieb allein, daß W.K. gestreikt hat. **Wenn W.K. jetzt noch entlassen wird, kann der Entlassungsgrund nur noch lauten: "Teilnahme an einem wilden Streik". Dieser Urteilsspruch würde sich dann nicht gegen W.K. allein, sondern gegen alle Bochumer Opel-Kollegen und tausende von anderen Kollegen richten.**

Inzwischen haben die Opel-Kapitalisten zu einem neuen Schlag gegen die kämpfenden Kollegen bei Opel ausgeholt. **Der jugoslawische Kollege Ziwa, der mit W.K. zusammen für die Interessen aller Opel-Kollegen kämpfte und auch vor Gericht für W.K. eintrat, wurde wegen angeblicher Trunkenheit und Bedrohung von Kollegen entlassen.**

SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG DER KOLLEGEN KRAWUTSCHKE UND ZIWA!
WIEDEREINSTELLUNG ALLER POLITISCH ENTLASSENEN!
NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

Revisionistisches

Hervorragende Zusammenarbeit !

Am 17. 11. traf sich die Essener Prominenz zum Presseball. Anwesend waren auch Mitglieder der D"K"P. Die "Ruhrnachrichten" vom 19.11. schreiben:"Ein Höhepunkt der Nacht war zweifellos die Tombola. .. Alljährlich werden die Lose von 10 Polizeibeamten in festlichem Zivil und 10 Studentinnen verkauft. Die Damen durften sich ihre "Verkaufspartner" aussuchen. Da machten zwei Männer vom 14. (politischen) Kommissariat zunächst ein verdutztes Gesicht. Sie waren ausgerechnet von zwei D"K"P –Funktionärinnen erkoren worden."

In Hanover im Stadtteil Mühlenberg wird ein neues Kirchenzentrum aufgebaut. Teil dieses Zentrum ist eine "Jugendbaracke". Beim weiteren Ausbau dieser Baracke ist auch die "SDAJ", die Jugendorganisation der D"K"P beteiligt. Sie war es wahrscheinlich auch, die die Jugendlichen darauf aufmerksam gemacht hat, daß hier "Gewinnsucht" im Spiel ist. Seit nämlich feststeht, daß die Stadt Geld für den Aufbau der Jugendbaracke zur Verfügung stellt. kommen - man stelle sich vor - nicht etwa die Kapitalisten der Stadt, um kostenlos mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen - nein, sie schicken Werbeprospekte, um wie die D"K"P -Zeitung mit ungeheuerer Schärfe feststellt, an dem Bau auch noch zu verdienen. Doch mutig schritt die 'S'DAJ zur Tat. Die Zeitung "Der Rote Kanal" berichtet:

"Das Organisationskollektiv (O.K.) im Kirchenzentrum hat sich auf die Gewinnsucht der Unternehmer eine Antwort einfallen lassen. Alle Prospekte werden mit einer Bitte um eine angemessene Spende beantwortet. Vielleicht bekommt man so die Inneneinrichtung zusammen, die die Stadt angeblich nicht bezahlen kann." (UZ vom 15.11. 73)

KAPITALISTISCHE KRISENWIRTSCHAFT - Arbeitslosigkeit und Elend - Revolutionärer Ausweg Sozialismus!



Die chinesischen Arbeiter bestimmen selbst über die Produktion.

Mit der einsetzenden Krise kommt die Unsicherheit. Über 500 000 Arbeitslose wurden uns aus Bonn für diesen Winter angekündigt. Treffen wird es alle Werktätigen, auch jene, die ihren Arbeitsplatz nicht verlieren werden; denn die Kapitalisten werden alles versuchen, um der Arbeiterklasse die gesamten Kosten der Krise aufzubürden. Dagegen muß der Kampf aufgenommen werden: Keine Entlassung, keine Stunde Kurzarbeit, kein Prozent Lohnraub darf kampflos hingenommen werden.

Aber über den Augenblick hinaus stellt sich für viele Kollegen die Frage, ist es tatsächlich unabwendbares, notwendiges Schicksal der Werktätigen, vom Strudel der kapitalistischen Krisenwirtschaft mitgerissen zu werden? Was unsere älteren Kollegen, unsere Väter erlebt haben - die Verrottung des kapitalistischen Systems von Krise zu Krise bis hin zum Faschismus und imperialistischen Weltkrieg - müssen es unsere Kinder aufs Neue durchmachen?

Im Kapitalismus ist das allerdings das Schicksal der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes. Der revolutionäre Ausweg für die Arbeiterklasse und für das gesamte werktätige Volk heißt: Sozialismus!

Während praktisch in allen wichtigen imperialistischen Ländern derzeit die Krise einsetzt oder bereits in vollem Gange ist, hört man nichts über Krisenerscheinungen im sozialistischen China oder in der Volksrepublik Albanien.

Hier, wo die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei die politische Macht erobert und ihren eigenen Staat - die Diktatur des Proletariats - aufgebaut hat, gibt es keine Arbeitslosen, keine Konkurse mit Massenentlassungen. Davon zu sprechen, daß im Sozialismus eine stetige Weiterentwicklung der Volkswirtschaft, ständiges Wirtschaftswachstum ohne Krisen möglich ist, ist keine leere Phrase und kein Versprechen, das Blaue vom Himmel zu holen. So wie die Krisenwirtschaft im Kapitalismus Ergebnis objektiver ökonomischer Gesetzmäßigkeiten ist, beruht auch die Krisenfestigkeit des sozialistischen Systems auf ebenso objektiven ökonomischen Gesetzen.

Das grundlegende ökonomische Gesetz des monopolistischen Kapitalismus besteht darin, daß die Imperialisten den größtmöglichen - den Maximalprofit - machen wollen, indem sie die Arbeiterklasse ausbeuten, hohe Preise durchsetzen, die Löhne drücken. Ausbeutung, Verelendung, Ruinierung sind die Folgen ihrer Profitgier für die Werktätigen.

Das grundlegende ökonomische Gesetz des Sozialismus beinhaltet dagegen - wie Stalin es formuliert hat - "die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.



Schluss mit der Ausbeutung

Mit der Entmachtung der Kapitalisten und der Zerschlagung ihres Staates als ihrem Herrschaftsapparat, mit der Enteignung und Vergesellschaftung ihrer Produktionsmittel wird Schluß gemacht mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Im Kapitalismus produziert der Arbeiter in einem Bruchteil des Arbeitstages die Werte, die seinem Lohn entsprechen. Den größten Teil des Arbeitstages schuftet er unentgeltlich für den Kapitalisten.

Zwar teilt sich der Arbeitstag auch im Sozialismus in zwei Teile, aber kein Kapitalist streicht mehr den Profit ein. Einen Teil des Arbeitstages produziert der Arbeiter im Sozialismus für sich selbst, er schafft die Werte, die seinem Lohn entsprechen. Den anderen Teil des Arbeitstages aber schafft er nicht für irgendeinen Kapitalisten, sondern für die gesamte Gesellschaft.

Welcher Unterschied das ist, das haben die Werktätigen in der Volksrepublik Albanien gemerkt. Durch ihre Arbeit für die gesamte Gesellschaft konnte inzwischen z.B. das Land voll elektrifiziert werden, das Gesundheitswesen konnte so weit verbessert werden, daß die durchschnittliche Lebenserwartung von 38 Jahren vor der Befreiung auf inzwischen 68 Jahre gestiegen ist. Die Reihe der Beispiele ließe sich noch lange fortsetzen.

Statt Anarchie der Produktion-planmässige Entwicklung der Volkswirtschaft

Mit der Aufhebung der Ausbeutung, der Ausschaltung des kapitalistischen Profitstrebens fällt die wesentliche Ursache für die Entstehung der kapitalistischen Krisen weg. Während die gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Kapitalismus Produkt des vom Profitstreben diktierten Versuches jedes Einzelkapitalisten oder jedes Monopols ist, im zügellosen Konkurrenzkampf gegen die anderen Kapitalisten einen möglichst hohen Marktanteil zu erobern, wird die Volkswirtschaft im Sozialismus planmäßig entwickelt.

So wird in der Volksrepublik Albanien alle 5 Jahre ein auf die nächsten 5 Jahre angelegter Perspektivplan erstellt, in dem die Schwerpunkte beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft festgelegt werden, aber auch die Steigerung des Nationaleinkommens und der Anteil des Nationaleinkommens, der für den persönlichen Verbrauch und für die Erweiterung der Produktion bestimmt ist.

Statt Überproduktion-ständige Erhöhung des Volksverbrauchs

Während im Kapitalismus produzierte Waren auf Halde liegen, verrotten oder vernichtet werden, weil die Armen sie nicht bezahlen können und die Reichen sie nicht kaufen wollen, weil sie sie ohnehin schon im Überfluß besitzen, kommt im Sozialismus nicht nur die erzeugte Warenmenge voll dem Volk zugute, sondern der Volksverbrauch wird auch noch systematisch erhöht. Darum wird in den Plänen besonderes Gewicht auf das richtige Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumgütern gelegt. Lenin sagt dazu: **"Die Produktion von Produktionsmitteln ist kein Ziel an sich, sondern geschieht, weil in den Industriezweigen, die Konsumgüter erzeugen, immer mehr Produktionsmittel gebraucht werden."**

Wenn im Kapitalismus die Massen Not oder Mangel leiden, lassen die Kapitalisten die Maschinen nicht auf Hochtouren laufen, um genug Waren zur Behebung der Not zu produzieren, weil die verelendeten Massen sie ja nicht zahlen können und ihr Profit damit nicht gesichert ist. **Im sozialistischen Albanien aber wissen die Menschen bereits jetzt, daß Ende des laufenden 5-Jahres-Planes die Produktionsmittelproduktion etwa 62% der industriellen Gesamtproduktion ausmachen wird und daß die Menge der erzeugten Konsumgüter um 50-55% steigen wird.**

Statt Vernichtung von Produktionsmitteln-ununterbrochene Entwicklung der Produktion

In der Überproduktionskrise, in der Vernichtung von Produktionsmitteln im Werte von vielen Millionen Mark kommt die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zum Ausdruck, die Produktion gleichmäßig weiterzuentwickeln. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das Eigentum an Produktionsmitteln, und die privatwirtschaftliche Aneignung des von den Werktätigen erarbeiteten Reichtums, sind zu Fesseln der Produktivkräfte, der weiteren technischen Entwicklung und des sinnvollen Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft geworden. Erst durch die Zerschlagung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, erst wenn nicht mehr das kapitalistische Profitstreben bestimmt, sondern die Bedürfnisse des Volkes, wird der Weg zu einer ungehinderten Entwicklung der Produktion frei. **So erzeugte die albanische Industrie 1970 in 6 Tagen soviel wie im ganzen Jahr 1938, in 25 Tagen soviel wie insgesamt 1950, in knapp 4 Monaten soviel wie 1960. Ende des 5. Fünfjahrplans 1975 wird die albanische Industrie gegenüber 1960 eine 4-fache Steigerung erreicht haben.**

Mit der ständigen Entfaltung der Produktivkräfte werden auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse ständig vervollkommnet. **Im Sozialismus gilt das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.** Es bestehen also völlig zu Recht Unterschiede zwischen den Löhnen. Der Sozialismus ist die Übergangsphase zum Kommunismus. Im Kommunismus wird das Prinzip gelten: **Jedem nach seinen Bedürfnissen.** Voraussetzung für die Verwirklichung des Kommunismus ist eine so entwickelte Produktion, auf deren Grundlage alle Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden können. Das ist letztlich das Ziel der ständigen Erweiterung der Produktion im Sozialismus.

Gleichzeitig ist es aber auch notwendig, die Produktionsverhältnisse auf das Ziel des Kommunismus hin zu entwickeln. Darum bemüht sich das sozialistische Albanien ständig, die Unterschiede zwischen den Löhnen und im Lebensstandard zwischen der Stadt und dem Land zu verringern. **Im 4. Fünfjahresplan wurden darum die hohen Löhne zweimal gesenkt, während gleichzeitig die niedrigen Löhne um 10% erhöht wurden. Die Lohnsteuern wurden in diesem Zeitraum völlig abgeschafft. Der 5. Fünfjahrplan (1971-75) legt fest, daß der Lebensstandard auf dem Land rascher als in der Stadt verbessert werden muß.**

Statt Diktatur der Kapitalisten-Herrschaft der Arbeiterklasse

Zu den Lügen, die die kapitalistische Presse über den Sozialismus verbreitet, zählt die, daß im Sozialismus in Wirklichkeit nicht die Arbeiterklasse das Heft in der Hand habe, sondern eine Partei- und Staatsbürokratie. Gerade für das Planungswesen werden dafür immer lächerliche Beispiele (Fahrräder gibt es nicht, aber Luftpumpen) präsentiert, die – wenn sie nicht völlig erfunden sind – meistens aus den revisionistischen Ländern, in denen das Planwesen praktisch zerstört ist, stammen.

Tatsache ist, **daß gerade bei der Planerstellung die führende Rolle der Arbeiterklasse voll zum Tragen kommt. So sind in der Volksrepublik Albanien in allen Brigaden, Sektoren, Abteilungen und im Fabrikmaßstab Planungsräte entstanden, die sich aus Arbeitern, Ingenieuren, Technikern und Ökonomen zusammensetzen. Diese Planungsräte leiten die Diskussionen um die Erstellung des Plans, fassen die Vorschläge und Meinungen der Arbeiter zusammen. Erst nach diesen Beratungen mit den Massen werden die Pläne endgültig ausgearbeitet.**

Das Beispiel des sozialistischen Albaniens dokumentiert die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems gegenüber dem Kapitalismus, der von Krise zu Krise immer mehr verrottet. Im Kapitalismus erwartet uns Arbeitslosigkeit, Verelendung, letztlich Faschismus und Krieg. Wählt den revolutionären Ausweg! Kämpft in den Reihen eurer Partei für den Sieg des Sozialismus.

NIEDER MIT DER KAPITALISTISCHEN KRISENWIRTSCHAFT!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Palästina den Palästinensern !

Seit die Zionisten sich durch Krieg, Mord und gewaltsame Vertreibung zu Herren über Palästina gemacht haben, behaupten sie, Palästina sei ein wüstes, verlassenes Land gewesen. Es sei allein ihr Verdienst, ihre Fähigkeit und Tatkraft, die das Land zur Blüte gebracht habe.

Palästina aber ist seit Jahrhunderten die Heimat der palästinensischen Araber. Sie haben dieses Land kulitiviert und aufgebaut.



Bereits seit den Kreuzzügen ist Palästina in Europa berühmt für seine Olivenhaine, sein Olivenöl. Und lange bevor die zionistische Einwanderung begann, wurden Zitrusfrüchte angebaut und exportiert. In der Hügelregion ist das Land seit Generationen mit Olivengärten und Weinbergen bedeckt. Im Süden bauten die Palästinenser Getreide an, im Jordantal wurde Obst und Gemüse geerntet. Jeder Meter fruchtbaren Bodens wurde genutzt, immer mehr kleine Flächen wurden mit der Zeit in den felsigen Gebieten für den Obstanbau erschlossen. Im Norden der Wüste Negev wurde das Land durch Bewässerung nutzbar gemacht.

Von diesem Boden,der von Generationen des palästinensischen Volkes bearbeitet und kultiviert worden ist, haben die Zionisten die Palästinenser gewaltsam vertrieben und sich ihr Land angeeignet. Physischer Terror gegen die palästinensische Bevölkerung, Zerstörung von Dörfern, Landraubgesetze - kein Mittel scheuten sie.

1948 z.B. wurde ein Gesetz erlassen, demzufolge jeder "Abwesende" sein Land, seinen Hof oder sein Haus verlor. Schon ein Verwandtenbesuch oder der Viehverkauf in der Stadt genügten, um zum "Abwesenden" erklärt zu werden. **Auf diese Weise wurden 350 von 370 israelischen Siedlungen, die nach der Unabhängigkeit entstanden auf dem Boden "abwesender" Araber errichtet. 1954 lebten mehr als 1/3 aller Einwohener Israels auf dem Land "Abwesender" und nahezu 1/3 aller jüdischen Einwanderer in den städtischen Quatieren, aus denen Palästinenser vertrieben waren. 388 Städte und Dörfer wurden ganz und 94 z.T. von den Israelis annektiert. 10 000 Geschäfte gingen in israelischen Besitz über,ebenso arabische Plantagen und Haine. Bereits 1951 war 95% aller israelischen Olivenpflanzungen Land, aus dem Araber vertrieben worden waren. Das war die ' gerühmte" Fähigkeit und Tatkraft der Zionisten! Aggression, Terror, Raub !**



Flüchtlingslager der Palästinenser

Die Palästinenser, die in Israel blieben, wurden z.T. in andere Gebiete deportiert, die sie nicht einmal verlassen durften, um Arbeit zu suchen. So konnten zum Beispiel 25 000 Nazarener keinerlei Arbeit im Industriezentrum Haifa, dem traditionellen Arbeitsplatz der arabischen Werktätigen aufnehmen, da sie keine Passierscheine für dieses Gebiet erhielten. Um nicht zu verhungern, verdingten sich viele arabische Bauern und Landarbeiter bei den neuen Besitzern ihrer Höfe für Spottlöhne. Aber selbst dies wurde 1967 durch ein Gesetz über die 'landwirtschaftliche Besiedlung', das die Verbreitung arabischer Lohnarbeit auf jüdischem Land einschränkt, so gut wie unmöglich gemacht.

1,5 Mill. Palästinenser sind aus ihrer Heimat vertrieben worden. Sie leben heute im Exil, in den angrenzenden arabischen Ländern. Die arabischen Länder haben alle Kräfte aufgewandt, um für die palästinensischen Vertriebenen vorübergehend eine Lösung zu finden. 1 Million Vertriebene konnten in Dörfern und Städten der Exilländer untergebracht werden. Aber immer noch leben eine halbe Million Vertriebene in Lagern. Sie alle zu versorgen, übersteigt die Kräfte der arabischen Länder. So leben die Palästinenser in den Lagern in völligem Elend.

Aber die Lösung kann auch nicht ein Leben fern von der Heimat sein. Die vertriebenen Palästinenser haben niemals den Willen aufgegeben, nach der Befreiung ihrer Heimat von den Okkupanten zurückzukehren. Auch die Palästinenser, die in Israel selbst dem antiarabischen Terror, der grausamen Unterdrükkung ausgeliefert sind, geben in ihrem Kampf um Befreiung vom zionistischen Joch nicht auf .Jeder Aggressions- und Terrorakt der israelischen Zionisten führt dazu, daß die Palästinenser unter Führung ihrer Befreiungsfront (PLO) den Kampf noch entschlossener führen - bis zum Sieg.

Irland



Freiheit und Wiedervereinigung

Der Kampf der irischen Patrioten gilt nicht nur der Vertreibung der britischen Truppen aus Nordirland und der Befreiung des Landes vom Joch des britischen Imperialismus, sondern auch der Wiedervereinigung der beiden Teile, der "6 Grafschaften" im Norden mit den "26 Grafschaften" im Süden Irlands.

Irland, die immergrüne Insel - schwärmen die kapitalistischen Reiseprospekte, Aber warum ist die Insel grün? Weil die britischen Imperialisten sie zu ihrer Viehweide gemacht haben. Die Viehzucht, der beherrschende Landwirtschafts - zweig, ist fest in den Händen englischer Großgrundbesitzer.Irische Steaks sind weltberühmt, aber für die irischen Arbeiter und Bauern zu teuer. Sie müssen sich mit Hammelfleisch, vor allem aber mit Fisch begnügen, und auch der wird selten. Irland ist der EWG beigetreten. Jetzt fischen ausländische Fischereikonzerne die Fischgründe leer. Im einzigen, Kühlhaus in Middleton darf Fisch nicht mehr gelagert werden, weil dort auch andere Lebensmittel lagern, so befiehlt es die EWG. Jetzt müssen die Fischer ihren Fisch zu Schleuderpreisen an eine englische Fischmehlfabrik verkaufen (sie bekommen 40% des ursprünglichen Preises). Aber auch die wenigen Industriebetriebe befinden sich fest in den Händen ausländischer, allen voran britischer und westdeutscher Imperialisten. **Hoechst, Ford, Grundig, Olympia und viele andere, alle sind sie da. Die reaktionäre Regierung Cosgrave, von der irischen Labour Party gebildet, fördert diese Ausplünderung, gewährt den Imperialisten Steuerfreiheit und läßt sie Milliardengewinne aus der Insel ziehen.**

Das sind nur einige "Glanzpunkte" der immer grünen Urlaubsinsel. Diese Ausbeutung durch die ausländischen Imperialisten und die eigenen Reaktionäre in der Regierung der "freien" Republik Irland schürt den Haß des Volkes. Der Kampf gegen die Imperialisten erfaßt nicht nur das von britischen Truppen besetzte Nordirland, sondern auch die Republik, die auch ohne britische Besatzung eine Beute der britischen Imperialisten ist. **Man braucht in Irland nur in eine der Arbeiterkneipen zu gehen, wo Fernsehsendungen über Nordirland laufen, und den Jubel der Leute zu hören, der bei jedem gesprengten englischen Fahrzeug und bei jedem erschossenen Besatzer, bei jeder erfolgreichen bewaffneten Aktion der IRA ausbricht, und man weiß, daß die Tage des britischen Imperialismus gezählt sind.**

Wie überall in der Welt, so behindern und verraten auch in Irland die Revisionisten, die "C"PI, den bewaffneten Kampf des Volkes. Zusammen mit Trotzkisten haben sie führenden Einfluß in der nordirischen Bürgerrechtsbewegung erlangt und preisen den parlamentarischen Weg zur Befreiung, propagieren den von den britischen Imperialisten eingerichteten "Gesamtirischen Rat", an dem die Reaktionäre aus Dublin teilnehmen und befürworten das Scheinparlament und die auslandshörige Regierung, die aufgrund der letzten "Wahlen" gebildet werden soll. Den bewaffneten Kampf verleumden sie als sektiererisch. Sie leugnen seinen Klassencharakter und behaupten allen Ernstes, es handle sich um einen Religionskonflikt. Sie haben die Einheit der irischen Nation an den Nagel gehängt und die Forderung nach Wiedervereinigung fallen gelassen. Z.B. forderte Edwina Stewart, eine ihrer Führerinnen: **"Die Rolle der britischen Armee in Irland muß sich radikal ändern. Sie muß sich sofort in ihre Kasernen zurückziehen."** So arbeiten die irischen Revisionisten allen Imperialisten in ganz Irland direkt in die Hände.

Solcher Verrat hat seinen Einfluß und man darf ihn nicht unterschätzen. Auf die Dauer aber kann er die Herrschaft der Imperialisten, allen voran der britischen, nicht retten, höchstens ihren Zusammenbruch hinausschieben.

Nach dem Blutbad von Londonderry haben Tausende von Iren vor dem Hauptquartier der IRA in Dublin Waffen verlangt. Das ist die Kraft, die den britischen Imperialismus zerschmettern wird.

Hört die revolutionären Sender !

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer in der Sendezeit von 21.30 bis 22 Uhr auch auf Mittelwelle 215 Meter = 1.395 KHz.



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6,00 - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.00 - 13.3o	32 und 41 Meter
14,30 - 15,00	32 und 41 Meter
16,00 - 16.3o	32 und 41 Meter
18,00 - 18.3o	32 und 41 Meter
19.00 - 19.3o	41 und 5o Meter
21.30 - 22.00	41 und 5o Meter und 215 Meter
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter 206 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)
206 Meter entsprechen 1456 KHz

RADIO PEKING

19.00 - 19.3o	Immer: 43.7, 42.8
21.oo - 22.oo	und 26.2 Meter

Die Sowjetunion - Eine aggressive Supermacht

Wir erinnern uns an den Besuch Breschnews in Bonn. Die D'K'P feierte diesen Besuch als eine historische Wende in der Geschichte des deutschen Volkes und seinem Kampf für den Frieden. Ein roter Teppich für das sowjetische Staatsoberhaupt in Bonn – damit wurde nach Ansicht der D'K'P der Beweis erbracht: Die "kalten Krieger" sind in die Enge gebracht worden, die Kraft des "Lagers des Friedens und des Sozialismus" hat sich durchgesetzt. Der Frieden ist sicherer geworden.

Die Sowjetunion, der Garant des Friedens und des Sozialismus? Das deutsche Volk hat schon bei der ersten Begegnung mit Breschnew zu spüren bekommen, wie die "Fürsorge" der Sowjetunion und ihres Oberhauptes Breschnew für das Volk aussieht: Polizeiknüppel und Massenverhaftungen in bisher ungekanntem Ausmaß – das war die Begleitmusik im Ruhrgebiet für die Fanfaren in Bonn, dirigiert von der sowjetischen und der deutschen Polizei. Damit hat die westdeutsche Bevölkerung einen Vorgeschmack davon bekommen, was sie erwartet, wenn dieses angebliche "Lager des Friedens und des Sozialismus" im Westen Fuß fassen sollte.

Eine aggressive Supermacht wie der US - Imperialismus

Viele ältere Arbeiter haben die Sowjetunion noch kennengelernt, als sie tatsächlich das Vaterland der Werktätigen war. Sie haben sie lieben gelernt, als die entscheidende Kraft bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Unvergessen ist ihnen, wie durch das Sowjetvolk und die ruhmreiche Rote Armee der 2. Weltkrieg von einem ungerechten Krieg gegen die Völker in einen gerechten und siegreichen Krieg der Völker gegen den aggressiven Hitlerfaschismus verwandelt wurde, aus dem sich ein mächtiges sozialistisches Lager bildete.

Tatsache ist, daß die Sowjetunion heute diese revolutionäre Politik vollständig verraten hat und stattdessen eine aggressive Politik betreibt, die sie mit verschiedenen Theorien vor den Völkern zu beschönigen versucht.

War im Großen Vaterländischen Krieg die Grundlage für den Sieg über den Faschismus der bewaffnete Kampf, der Volkskrieg, so empfiehlt die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion heute den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern "politische" Lösungen, wie in Indochina oder wie in Nahost. Sie wirft den Kampf solcher verbrecherischen Regime wie des US-Imperialismus und den Befreiungskampf der Völker in einen Topf und spricht von der Notwendigkeit, "Kriegsherde" zu beseitigen. Sie tut das in der Absicht, die Herrschaft des Imperialismus zu sichern und die Unterdrückung der Völker zu verewigen.

Militärstützpunkte in vielen Ländern

Kämpfte die Rote Armee als eine Befreiungsarmee, die die anderen Völker darin unterstützte, die ausländischen Imperialisten aus ihren Territorien zu vertreiben, so ist die Sowjetunion heute selbst eine Besatzungsmacht, baut selbst Militärstützpunkte an allen Enden der Welt auf. Sie ist die einzige Macht neben dem US-Imperialismus, die einen reisigen Militärblock organisiert hat. Russische Soldaten stehen heute, bald 30 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, immer noch in der DDR.

Fieberhafte Aufrüstung

Während die SU gegenüber den kleineren Ländern nicht genug betonen kann, daß sie ihren Willen zum Frieden zeigen müssen, indem sie in der Frage der Abrüstung beispielhaft vorangehen, rüstet sie selbst mit den US-Imperialisten um die Wette auf. Von 1963 bis heute hat sich die Zahl der sowjetischen interkontinentalen Raketen verfünfzehnfacht und die der USA längst in den Schatten gestellt. Die Zahl der ballistischen Raketen in dieser Zeit ist um das vierfache gewachsen, ebenso die Zahl der strategischen Raketentruppen. Die Sozialimperialisten prahlen selbst damit, daß diese Raketen "jeden Punkt der Erde erreichen" und "jedes Objekt an irgendeinem Punkt zerstören können."

Wie verträgt sich das mit ihren Sprüchen über bloße Verteidigung?

Das gleiche auf den Meeren. Seit Breschnew an die Macht kam, hat die Sowjetunion den Bau von Hochseekriegsschiffen beschleunigt, die Tonnage der Kriegsmarine verdoppelt. Diese Schiffe kreuzen vom Mittelmeer in den Indischen, Pazifischen und Atlantischen Ozean. Zum Zweck der Verteidigung? Ein Chef der Sowjetmarinehat den wahren Grund selbst gesagt" Der Aufbau der sowjetischen Marine hat der Ära ein Ende gesetzt, in der die britische und die amerikanische Marine auf den Meeren während Generationen dominierten." Nichts anderes als Vorherrschaft auf den Meeren also ist das Ziel, getragen von dem Wunsch, gegen die US-Imperialisten den Kampf um die Hegemonie auf der Welt zu führen.

Der größte Waffenhändler

Mit dieser militärischen Macht im Rücken plündern die sowjetischen Sozialimperialisten die Völker aus und versuchen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu gewinnen. Ihre Mittel heißen wie bei den US-Imperialisten auch "wirtschaftliche und militärische Hilfe". Die neuen Zaren im Kreml lassen sich die Waffen, die sie den Völkern liefern, teuer bezahlen. Nach Berichten der japanischen Presse hat die Sowjetunion von 1961 bis 1971 Waffen im Wert von über 14,76 Milliarden US-Dollar an andere Länder verkauft. Mit ihrer sogenannten Wirtschaftshilfe ist es ähnlich. Sowjetische Waren werden zu überhöhten Preisen verkauft, die Bodenschätze und die Produktion des jeweiligen Landes zu Schleuderpreisen eingekauft.

Kriegshandlung gegen die Völker

Es ist klar, ein imperialistisches Land bleibt nicht bei wirtschaftlicher Infiltration stehen, seine Armee wird nicht für Militärparaden aufgepäppelt. Kein Tag ist seit dem Ende des 2. Weltkrieges vergangen, an dem die US-Imperialisten nicht gemordet und geraubt haben. Die sowjetischen Sozialimperialisten sind nicht besser. Die ersten, die den Militärstiefel der neuen Zaren zu spüren bekamen, waren die Völker Osteuropas, insbesondere das tschechoslowakische Volk. Diese rauhe Wirklichkeit der "sowjetischen Hilfe" bekommen aber auch die Völker der dritten Welt zu spüren. Die SU liefert Menschenmaterial an Israel zur Unterstützung des Krieges gegen die arabischen Völker, sie hetzen Indien auf, Pakistan zu überfallen und zu zerstückeln. Überall treiben sowjetische Agenten ihre Wühlarbeit. Mehr als 40 Länder haben in den letzten zehn Jahren sowjetisches diplomatisches Personal aus diesem Grund ausgewiesen.

Alle diese Tatsachen beweisen, daß der SU-Imperialismus genau wie der US-Imperialismus raubt, plündert und Aggression betreibt.

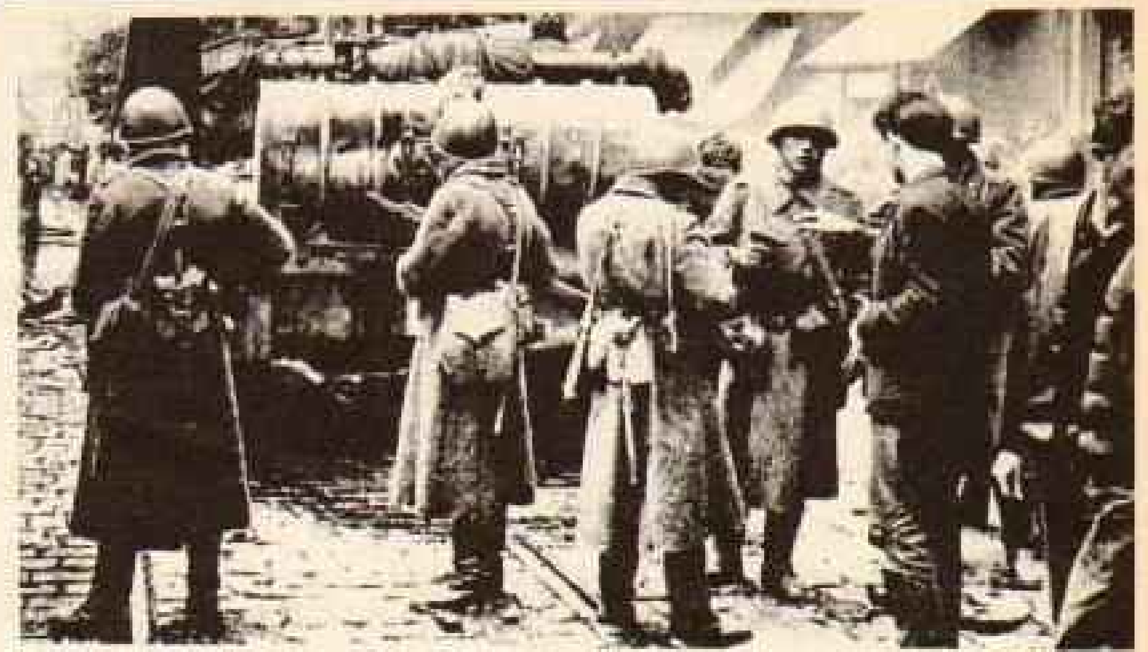
Ausländische Truppen raus aus ganz Deutschland !

Wir dürfen uns deshalb auch über den Charakter der Beziehungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten keine Illusionen machen. Die D'K'P sagt, die Ostverträge sichern die Grenzen in Europa, sie beseitigen die Spannungen, sie beseitigen damit vor allem die Gefahr, daß Deutschland wiederum Schauplatz eines Krieges wird.

Tatsache aber ist, daß die Spannungen in Europa größer sind als irgendwo sonst auf der Welt. Hier stoßen die Militärblöcke der beiden Supermächte aufeinander. Die Front zwischen ihnen verläuft mitten durch die deutsche Nation. Wenn die Supermächte wirklich Entspannung wollten, warum ziehen sie ihre Truppen dann nicht aus Europa und aus Deutschland zurück? Wenn die Supermächte Entspannung wollten, warum sorgen sie dann nicht dafür, daß mit einem Friedensvertrag ein Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg gezogen wird?

Wenn die Brandt-Regierung wie die D'K'P behauptet, für die Entspannung ist, warum lädt sie dann die Vertreter dieser Supermächte, erst Kennedy, dann Breschnew nach Bonn ein, statt ihnen die Tür zu weisen? Warum weigert sie sich nach wie vor, die DDR als einen souveränen Staat anzuerkennen? Weil sie versucht, sich zwischen den Blöcken zu winden und nach dem Motto: Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte, möglichst viel für die westdeutschen Imperialisten herauszuschlagen. Scheinbar ist sie auch mit den wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen, dem wachsenden Eindringen in Osteuropa momentan gegenüber dem SU-Imperialismus der Hauptgewinner. Aber der Schein täuscht. Wenn eine solche aggressive und militärisch überlegene Macht ein intensives Interesse an Westeuropa und insbesondere an Westdeutschland zeigt, dann nicht, um Verlustgeschäfte zu machen.

Wenn die Revisionisten sagen: Der Friede ist sicherer geworden, dann stimmt das sogar in gewisser Weise. Tatsächlich ist die Chance, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, größer geworden. Aber nicht, weil die Sowjetunion an Macht und Ansehen gewonnen hat, sondern gerade deshalb, weil immer mehr Völker erkennen, daß die Sowjetunion ein genauso gefährlicher Feind ist, wie der US-Imperialismus auch. Weil immer mehr Völker entgegen den Theorien der neuen Zaren im Kreml zur Waffe greifen und im Kampf gegen beide Supermächte tagtäglich Siege für ihre Befreiung erringen.



Das ist die "brüderliche Hilfe" der Sozialimperialisten: Prag 1968.

LESERBRIEF

Am Samstag, den 1.12. waren in Gießen ca 60 Freunde und Genossen erschienen, die mit nach Köln fahren wollten, um dort den Kampf des iranischen Volkes gegen das faschistische Schah-Regime durch ihre Teilnahme an einer Demonstration zu unterstützen. Am Anfahrtsplatz der Busse wurde bekannt, daß die Demonstration vom Kölner Polizeipräsidenten verboten worden war. Was taten die Führer vom Kommunistischen Bund Wetzlar und KSO (Gießener Studentenorganisation die die Politik des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands vertritt) in dieser Situation? .. Sie forderte die Genossen auf, nicht nach Köln zu fahren.

Ihr erstes "Argument": Für eine Demonstration, die verboten ist, ist die Bevölkerung noch nicht genügend aufgeklärt...

Das zweite "Argument": Es hat keinen Zweck nach Köln zu fahren, weil die Polizei die Busse anhalten wird. Da hängen wir dann nur den ganzen Tag auf den Landstraße.

– Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Der Gießener Bus ist gefahren, alle Genossen, die drin waren, haben an der Demonstration teilgenommen...

Wie sah nun die Berichterstattung in der Kommunistischen Volkszeitung aus? 1. Völlig verschwiegen wird in der KVZ, daß die KPD/ML und die Rote Garde sowohl "mit Agitationstrupps als auch mit Flugblättern zur Stelle waren". Aber im Gegensatz zum KBW haben diese Genossen aufgerufen zur Demonstration. Die Agitationstrupps des KBW haben uns aufgefordert, nicht in das Einkaufszentrum zu gehen und zu demonstrieren. Sie erklärten uns, der KBW wolle sich aufs Flugblattverteilen beschränken.

Die KVZ schreibt: "...es gelang aber nicht, die Demonstration noch einmal in einer Kundgebung zusammenzufassen und organisiert zu Ende zu bringen." Entgegen der Meinung der Schreiber dieses KVZ-Artikels – hatten sie vielleicht um 16.30 Uhr die Innenstadt verlassen – gelang es uns zusammen mit der KPD/ML und der Roten Garde sehr wohl noch eine Demonstration durchzuführen, eine Abschlußkundgebund zu machen und organisiert zu Ende zu bringen.

In dem obengenannten Artikel geht der KBW mit keinem Wort auf die Festnahmen von mindestens 60 deutschen und persischen Genossen ein. Einen Großteil der Schuld, daß so viele Genossen festgenommen werden konnten, tragen die Führer des KBW mit ihrer zurückweichlerischen Politik. Es in der KVZ als taktischen Geniestreich hinzustellen, hunderte von Genossen an der Teilnahme an der Demonstration abzuhalten und damit auch gerade den Schutz für die ausländischen Genossen zu verringern, hat mit revolutionärem Kampf, mit proletarischem Internationalismus nicht die Bohne zu tun.

Wir schicken diesen Brief zur Veröffentlichung an den Roten Morgen und die Kommunistische Volkszeitung. Alle Genossen in der revolutionären Bewegung sollen sehen, wie die Politik der KBW-Führer in Wirklichkeit aussieht. Hiermit fordern wir die Führer des KBW zur öffentlichen Selbstkritik auf!

Rot Front

2 Genossen aus Gießen

Resolution von 17 verhafteten Demonstranten

(Einstimmig verabschiedet von 17 Genossen der KPD/ML, der Roten Garde, der Gruppe Rote Fahne Dortmund und des "K"BW in einer Gefängniszelle in Köln am 1.12.73).

Wir sind 17 Gefangene der Zelle 4 im Polizeipräsidium in Köln. Man wirft uns vor, an einer "illegalen Demonstration" teilgenommen, Gefangene befreit, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet zu haben und Ähnliches.

Wir haben den Freiheitskampf der persischen Völker gegen das Faschistenregime des Bluthundes Reza Pahlevi unterstützt. Unsere Demonstration richtete sich ebenso gegen die westdeutsche Bourgeoisie und ihre Brandt-Regierung, die durch Waffen, Kredite usw. und durch die Verfolgung fortschrittlicher persischer Menschen in Westdeutschland das Schah-Regime unterstützt.

Das deutsche Volk kennt aus bitterer Erfahrung den Faschismus und haßt ihn aus tiefstem Herzen. Das deutsche Volk wünscht keine Zusammenarbeit mit dem Naziregime in Persien.

Deshalb ist es der Bourgeoisie auch nicht im Geringsten gelungen, die Demonstration am 1.12. in Köln zu verhindern. Tausende von Kölner Arbeitern und Werktätigen sahen die Demonstration und hörten unsere Parolen und Reden.

Die Bourgeoisie wollte mit dem Demonstrationverbot das weitere Fortschreiten der Front der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker der ganzen Welt im Kampf hindern. Aber sie erlitt eine Niederlage.

In ihrer Angst vor unseren revolutionären Kampf ließ sie ihre Polizeibüttel auf uns los und will jetzt die Klassenjustiz gegen uns ins Feld führen.

Aber auch an dieser Front werden wir entschlossen dem Klassenfeind eine Niederlage bereiten!

HÄNDE WEG VON DER CISNU!
ES LEBE DER BEFREIUNGSKAMPF DER PERSISCHEN VÖLKER VON IMPERIALISMUS UND FASCHISMUS!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
FÜR DEN SIEG DER PERSISCHEN VÖLKER!
SIEG IM VOLKSKRIEG – KLASSENKAMPF IM EIGENEN LAND!
NIEDER MIT DEN AUSLÄNDERGESETZTEN!
KAMPF DEM POLIZEI- UND JUSTIZTERROR!
NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

5,2 Mio Spargelder gestohlen -

Gericht: Nur ein Kavaliersdelikt

Wird ein Lehrling dreimal beim Schwarzfahren mit der Strassenbahn erwischt, dann kann es ihm passieren, daß er ein Jahr wegen "Betrug" ins Gefängnis muß, wie das in München schon geschah. Wird aber ein Kapitalist – was selten genug geschieht – wegen Betrugs angezeigt, dann wird verniedlicht und vertuscht – so wie jetzt im DOMA-Prozeß.

Da gründen zwei unternehmungslustige Leute, Lösel und Fersch, in Nürnbegr die Bauunternehmung DOMA. Dank ihrer "unternehmerischen Tüchtigkeit" – vor allem aber dank der eingezahlten Spargroschen von Tausenden Bausparern – blüht die Gesellschaft. Wer soviel leistet, soll nicht darben! Die beiden leben nicht schlecht vom Geld der Sparer. Hunderttausende legen sie vorsorglich in der Schwiez an. Der eine macht seiner Geliebten Geschenke für etwa 870 000 DM. Ein einziger Ball, den sie geben, kostet runde 150 000 DM. In Geschenken sind sie nicht kleinlich: Goldene Kugelschreiber zum Beispiel im Wert von 25 000 DM. Sie begeben sich unter den persönlichen Schutz des Schah von Persien und gründen die "Royal Iran DOMA", ein Schwindelunternehmen, das 1,6 Millionen kostet. Am Ende sind 5,2 Millionen Spargelder weg.

Der Schwindel fliegt auf. Drei Jahre ermittelt die Staatsanwaltschaft. Und was hat sie dann herausgefunden? Die beiden hätten "Summen verbraucht, die in keinem Verhätlnis zur Finanzlage ihrer Firma standen." Sie hätten "das Maß des Üblichen (!) weit überschritten", ihre Ausgaben ständen "in keinem Verhältnis zu einer sinnvollen Repräsentation."

Was heißt das im Grunde? Strafbar ist nicht der Betrug an Tausenden von Sparern, die in Elend und Verzweiflung gestürzt wurden. Strafbar ist auch nicht das widerliche Luxusleben von zwei Playboys auf Kosten der Werktätigen. Das ist im Kapitalismus nicht strafbar, denn sonst müßte ja die ganze Bourgeoisie hinter Schloß und Reigel. **Strafbar ist nur, wer sich erwischen läßt, wer einen Skandal hervorruft, der sich nicht mehr vertuschen läßt, wer die ohnehin brüchige Fassade des Kapitalismus noch mehr durchlöchert. Um das zu vertuschen, ist jedes Mittel recht – von der 300-Millionen-Spritze für Krupp aus Steuergeldem bis hin zum Einsatz der Klassenjustiz, die die Machenschaften des Kapitals schützt und vertuscht.**

WESTBERLIN:
500 DM GELDSTRAFE

Wegen "Verächtlichmachung der Bundesrepublik" wurde in Westberlin ein Genosse zu 500 DM Geldstrafe verurteilt, der in einer Broschüre zum Roten Antikriegstag 1972 in München den imperialistischen Charakter der DBR entlarvt hatte. Die Öffentlichkeit wurde mehrmals ausgeschlossen, selbst ein Strauß roter Nelken durfte nicht in den Gerichtssaal mitgebracht werden, weil die Blumen vielleicht als "Wurfgeschosse" verwendet werden könnten.

PROZESS IN KITZINGEN

Ende November fand in Kitzingen ein Prozeß gegen 4 Mitglieder der ROTEN GARDE statt, die ein Flugblatt mit dem Titel: "Die Schule, ein Werkzeug der Bonzen" verteilt haben sollen. Das Urteil: 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise 10 Tage Haft, Kosten des Verfahrens und Kosten einer Gegendarstellung, die der 'beleidigte' Schuldirektor Steiner in der Kitzinger Zeitung veröffentlichen will!

PASS VON NEBIL TARHAN ZURÜCKGEGEBEN

Der Paß von Nebil Tarhan, Vorstandsmitglied der türkischen Studentenorganisation ATÖF wurde vom türkischen Generalkonsulat, das ihn beschlagnahmt hatte, zurückgegeben und verlängert. Das ist ein Erfolg der Solidarität gegenüber dem Ausweisungsterror gegen türkische Genossen und Kollegen in der DBR.



Kampf der Klassenjustiz

DESERTIERTER GI AUSGEWIESEN

Nachdem er die Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam am eigenen Leib erfahren hatte, desertierte ein GI aus der US-Army und kam in die DBR. Die westdeutschen Imperialisten verhafteten ihn sofort und warfen ihn in Mannheim ins Gefängnis. Jetzt soll er an die US-Imperialisten ausgeliefert werden: Das Ordnungsamt teilte ihm mit, sein weiterer Aufenthalt liege nicht im "nationalen Interesse" der DBR und schickte eine Ausweisungsverfügung.

AUFENTHALTS GENEHMIGUNG DES GENOSSEN SASCHA VERLÄNGERT

Mit der Begründung, daß in zwei anstehenden Prozessen noch kein Urteil gefällt ist, wurde die Aufenthaltserlaubnis des Genossen Sascha aus München verlängert. Das zeigt: Unser Kampf hatte einen Teilerfolg – aber noch keinen vollen Erfolg. Der Kampf um die Einbürgerung des Genossen muß weitergeführt werden.

Hinterhältiges Komplott gegen türkische Patrioten

In der letzten Nummer des ROTEN MORGEN berichteten wir von Hausdurchsuchungen bei den türkischen Patrioten Yildirim Dagyeli und Himmet Subasi. Die Patriotische Einheitsfront der Türkei teilte jetzt mit, daß diese beiden Genossen Opfer eines schmutzigen Komplotts zwischen der deutschen Polizei und dem türkischen Geheimdienst MIT wurden.



Das fürchten die Kapitalisten

Als Himmet Subasi in Konstanz am 17.11. von der Arbeit kam, wurde er von einem MIT-Agenten angesprochen, der sich als Antifaschist und türkischer Patriot ausgab. Er bat Subasi, ein Paket nach Frankfurt in die Buchhandlung Libresso zu bringen – dort arbeitet Dagyeli, den Subasi aber nicht kannte. Der MIT-Agent überredete Subasi zu dieser Fahrt, indem er behauptete, es handle sich um eine wichtige patriotische Aufgabe.

Als Himmet Subasi, Arbeiter und Sohn armer Bauem, spät abends in Frankfurt ankam, kreisten ihn am Opernplatz 4 Autos ein. Er wurde verhaftet, sein Auto durchsucht. In dem Paket, das er überbringen sollte, fand die Polizei Waffen und Sprengstoff. Obwohl Subasi keinerlei Aussagen machte, wurden zur gleichen Zeit die Buchhandlung Libresso und Dagyelis Wohnung durchsucht.

Dieses Komplott ist eine beispiellose Verschärfung des Terrors gegen türkische Patrioten in der DBR! Lange schon hatten der deutsche und der türkische Geheimdienst versucht, Yildirim Dagyeli in ihre Hände zu bekommen, der früher die antifaschistische Zeitung "Aydinlik" heraus gab und deshalb als Kämpfer gegen das Regime in der Türkei bekannt war. Mit Hilfe eines Agent Provokateurs wollen sie der Patriotischen Einheitsfront der Türkei "illegalen Waffenhandel" nachweisen. Waffen in den Händen des Volkes ist nach den Gesetzen der Bourgeoisie 'kriminell'. So wird die PEF in den Haftbefehlen eine 'Kriminelle Vereinigung'. Nachdem das schmutzige Komplott bekanntgeworden war, verhängte die Polizei Nachrichtensperre. Keine Zeitung durfte darüber berichten.

Umso notwendiger ist es, dieses Komplott überall bekanntzumachen, dieses unerhörte Beispiel politischer Unterdrückung zu entlarven und zu bekämpfen. Subasi sitzt seit dem 17.11. in Frankfurt im Gefängnis. Gegen Dagyeli wurde ein Haftbefehl erlassen, der aber noch nicht vollstreckt werden konnte.

FREIHEIT FÜR DAGYELI UND SUBASI!
SOLIDARITÄT MIT DER PATRIOTISCHEN EINHEITSFRONT DER TÜRKEI!
KAMPF DEM REAKTIONÄREN KOMPLOTT DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN MIT DEM TÜRKISCHEN FASCHISMUS!

Nieder mit dem Haus - Voss Prozess !

Gisela Herzog, Lehrerin an der Hoeschschule, und Christoph Wolfgang Bartels werden vor Gericht gezerrt. Sie sind angeklagt, die Faschisten aus dem Dortmunder Viertel Dorstfeld vertrieben zu haben. Ihren mutigen Kampf gegen die braune Pest nennt die Klassenjustiz: "Schweren Landesfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung."

Im Oktober 72 wollte die faschistische Gruppe "Deutsche Volksunion" ihr Süppchen am Wahlrummel kochen. Sie kündigte eine Veranstaltung im "Haus Voss" im Arbeitervorort Dorstfeld an. Das war eine Provokation! Hunger, Elend, Millionen Tote im Krieg und in den KZs – das haben die Faschisten dem deutschen Volk schon einemal gebracht. Und nun wollten sie ihr volksfeindliches Gift verspritzen? Nein!

Jugendliche aus dem Viertel folgten dem Aufruf der KPD/ML, diesen Faschistentreff zu zerschlagen. Die Partei bereitete alle Mitkämpfer von vornherein auf einen Kampf mit der Polizei vor. Denn ihr war klar: Der imperialistische Bonner Staat arbeitet mit den Faschisten Hand in Hand. Sie sind heute, genau wie 1933, seine letzte Waffe gegen die kämpfende Arbeiterklasse.

Die Polizisten standen einsatzbereit. Als sie die Parole hörten: "Genscher-Polizisten schützen die Faschisten" knüppelten sie los. Mit unseren Fäusten und Fahnenstangen schlugen wir zurück. Bei den ersten Angriffen gab es zwar Verletzte, aber unsere Front wankte nicht. Frauen und Kinder aus dem Viertel unterstützten uns, warnten vor neuen Angriffen und boten Zuflucht in ihren Häusern an.

Beim dritten Angriff wurde Genossin Gisela zu Boden geworfen und mit Schlägen und Tritten verletzt. Sie hatte schwere Blutergüsse im Gesicht und einen gebrochenen Finger. Ähnlich wurde Genosse Bartels behandelt, der, so behauptet die Anklageschrift, eine "Waffe" bei sich trug: Die rote Fahne der KPD/ML!

DIESE WAFFE FÜRCHTEN DIE KAPITALISTEN ALLERDINGS WIE DIE PEST!

Die Polizei erhielt auch Unterstützung – von denen, die sich vor dem Volk als "antifaschistische Kämpfer" aufspielen, in Wirklichkeit aber den Faschisten in die Hände arbeiten: Den D'K'P-Revisionisten. Ein "S"DAJ-Häuptling, der als Beobachter entsandt war, ließ sich bei Beginn des Kampfes unter Polizeischutz zu seinem Auto bringen. Am nächsten Tag behauptete ein D'K'P-Bonze, die Polizei habe nicht anders handeln können, sie sei ja provoziert worden.

Am Mittwoch, den 12.12. beginnt in Dortmund der Prozeß gegen die Genossen Gisela und Christoph Wolfgang. Gleichzeitig wurde ein Disziplinarverfahren gegen Genossin Gisela eingeleitet. Sie soll als "Linksextremist" aus dem Schuldienst geworfen werden.

Protestiert gegen diesen Prozeß durch Unterschriftensammlungen, Resolutionen, Briefe an die Angeklagten, an das Gericht, an Zeitungen.

FREISPRUCH FÜR GENOSSIN GISELA UND CHRISTOPH WOLFGANG!

Korrespondenz

Bericht über ein Jugendgefängnis

Hier in Neumünster sitzen rund 150 Jugendliche für 6 Monate bis 5 Jahre hinter Gefängnismauern. Sie werden von der Außenwelt abgekapselt und in dreckige Einzelzellen gesperrt. Hier knüpfen sie Netze oder verrichten andere Handwerksarbeiten – für 1,50 DM pro Tag, das ähnelt der früheren Sklavenhaltung. Alle 3 Wochen gibt es "bei guter Führung" Fernsehen, manchmal Sport, Schach oder Skat. Das ist die ganze Freizeitbeschäftigung.

Einige der Gefangenen sind Rauschgiftsüchtige. Von ihrer Sucht werden sie hier nicht geheilt. Hier werden sie niemals einsehen, daß Rauschgift kein Ausweg ist.

Ein anderer Teil der Häftlinge sind Fahnenflüchtige. Sie hatten die Bundeswehr satt. Wilhelm S. war einen Tag beim Bund, dann ist er abgehauen. Dafür muß er 18 Monate sitzen!

Die meisten sitzen wegen Diebstählen oder Gewalttaten. Viele haben die im kapitalistischen System aufgestauten Aggressionen im Suff abreagiert. Im Gefängnis schlucken sie wieder alles in sich hinein. Anstatt ihnen zu helfen, werden sie bestraft. Wie wilde Tiere werden sie eingesperrt – für das gleiche Delikt oft verschieden lang – ganz nach Belieben der Klassenjustiz. Die Enge der Zelle erzeugt Aggressivität, die Isolation dient als Folter. Fast jeder Gefangene hat schon Selbstmord versucht oder Verstümmelungen vorgenommen. Für sie ist es ein Teufelskreis in dieser Gesellschaft, nach der Entlassung werden nach kurzer Zeit 90% wieder straffällig.

Die meisten dieser Gefangenen sind keine Verbrecher oder Feinde des Volkes. Sie sind Abfallprodukte einer zerfallenden Gesellschaftsordnung, die hier im Gefängnis erst zu Verbrechern erzogen werden. Kriminell ist das System, das sie dazu macht!

Deshalb kämpft die ROTE GARDE gegen die Klassenjustiz! Deshalb kämpfen wir für den Sozialismus!

Drei Jahre polnischer Aufstand

ES LEBE DIE POLNISCHE ARBEITERKLASSE !

Am 14. Dezember 1970 erhoben sich die polnischen Arbeiter und andere Werktätige gegen das korrupte, revisionistische Regime. Die polnischen Revisionisten antworteten auf diesen Kampf der Arbeiterklasse um ihre Interessen nicht anders als jeder andere kapitalistische und faschistische Staat: Sie schossen ihn zusammen.

Der Verrat der "Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" war der poonischen Arbeiterklasse zutiefst verhaßt. Die Rückkehr der VR Polen zum Kapitalismus war für sie verbunden mit allem Elend, aller Unterdrückung, die die Arbeiterklasse in einem kapitalistischen Land erdulden muß. Die Unterjochung durch die sozialimperialistische Sowjetunion, die der Gomulka-Clique vorschrieb, was sie zu tun hatte, der verstärkte Einfluß der Pfaffen im Staat; Massenentlassungen – im Herbst 1970 warf allein die Lenin-Werft in Gdansk 1000 Arbeiter auf die Straße. Wucherpreise – 1 kg Tomaten kostete zuletzt fast den Tageslohn eines Arbeiters – und das Aufblühen des Schwarzmarktes, politische Unterdrückung, Verbot der Kommunistischen Partei Polens und ihrer Jugendorganisation.

Am 13. 12. 1970 wollte sich eine Delegation von Werftarbeitern bei der Parteileitung in Gdansk über die hohen Preise beschweren. Sie wurde verhaftet – verhaftet von Parteibonzen, die behaupteten, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Das war der auslösende Funke. Arbeiter in Gdansk, Gdingen, Szczecin traten in den Streik. 1000 Werftarbeiter in Gdansk demonstrierten vor dem Parteihaus und sangen die Internationale. Die Parteibonzen flohen entsetzt, die Arbeiter setzten das Parteihaus in Flammen. Überall organisierten sie Arbeiterräte und Streikkomitees, organisierten sie den Widerstand, bildeten Werksmilizen und nahmen den Kampf gegen die bewaffnete Macht des Staates auf. Allein in Danzig wurden 30 Polizisten von der aufgebrachten Menge getötet.

Die revisionistischen Machthaber reagierten wie Faschisten letztlich immer auf den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse reagieren: Sie fuhren Panzer auf und schossen die Demonstration zusammen. Mindestens 80 Menschen wurden getötet, Hunderte verletzt, Tausende verhaftet.

Gleichzeitig winkten die Revisionisten mit dem Zuckerbrot. Die verhaßte Gomulka-Clique wurde durch denGierek-Clanabgelöst. Die Arbeiter sollten glauben: Jetzt, wo die Regierung gewechselt hat, wird alles anders. Aber im Grunde hatte sich nichts geändert. "Die neue Regierung mit Gierek an der Spitze bedeutet keine Änderung der bisherigen Politik, insbesondere nicht die Rückkehr zum Sozialismus, sondern nur eine Drehung des Karusells der Personen im engen Kreis der Renegaten" schrieb damals die (marxistisch-leninistische) KP Polens; Die polnischen Arbeiter kämpften weiter. Noch Ende Januar 1971 gab es Demonstrationen und Streiks, ehe der Aufstand niedergeschlagen war.



Arbeiter-Aufstand in Polen 1970

Dieser Aufstand war ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Weg zur proletarischen Revolution in Polen. Hier haben die Arbeiter gezeigt, daß der Verrat und die Lügen der Revisionisten, die Wiederherstellung der kapitalistischen Verhältnisse auf die Dauer keinen Sieg über den Sozialismus davontragen können. Der polnische Aufstand hat den Arbeitern in allen Ländern klargemacht, daß es auch in den revisionistisch entarteten Ländern nur einen Weg zum Sozialismus geben kann: Die proletarische Revolution!

Angst vor der Krise - Lügen über China und Albanien

Die Wirtschaft der imperialistischen und kapitalistischen Staaten ist rückläufig, ihre Währung verfällt. Das Proletariat wehrt sich in machtvollen Kämpfen gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung. Immer mehr Völker der Dritten Welt erheben sich gegen das imperialistische Joch und schütteln es ab. In dieser Krise versuchen Imperialisten und Kapitalisten, dem wachsenden Ansehen der sozialistischen Länder China und Albanien unter der Arbeiterklasse in ihrer Presse entgegenzuwirken.

Es ist inzwischen weithin bekannt, daß in Albanien alle Funktionäre von Partei, Staat und Wirtschaft sowie Ärzte, Schriftsteller, Studenten u.s.w. für eine bestimmte Zeit im Jahr harte körperliche Arbeit in der Produktion oder in der Landwirtschaft verrichten, davon ein Monat zusammenhängend. **Das ist eine gute Sache. Sie stellt die lebendige Verbindung zwischen dem Volk und seiner Führung her. Sie hilft, die bürokratische Entartung und die Entstehung einer neuen Ausbeuterklasse zu verhindern. Sie festigt die Diktatur des Proletariats und erweckt Sympathien für den Sozialismus in der Arbeiterklasse der ganzen Welt.**

Kein Wunder, daß DER SPIEGEL im Dienst des Kapitals gerade diese Sache angreift. Scheinheilig 'bedauert' er die armen Funktionäre, weil "ihre Privilegien unsicher, ihre Pflichten hingegen präzis umrissen sind" und "nur ganz oben im Politbüro oder ZK die Arbeitsschwielen erspart" bleiben. So stellt er die Kommunisten hintenherum doch als Faulpelze hin, die nach Privilegien jagen und nur unter Zwang den Arbeitseinsatz leisten. In Wirklichkeit gehen auch die von ganz oben zur Arbeit, **z.B. Ministerpräsident Shehu als Traktorfahrer auf einer LPG, der Justizminister als Depotarbeiter am Omnibusbahnhof in Tirana u.s.w.** Den Imperialisten und Kapitalisten ist das in ihrer ausweglosen Lage ein Dorn im Auge. Deshalb die Entstellungen und Verleumdungen im SPIEGEL.

Eine ähnliche Masche pflegt der 'Stern' in seinem Bericht über Mao Tsetung. Schon im Titel nennt er ihn einen der bedeutendsten Reformer. Ein Reformer ist ein Mann, der an einer bestehenden Gesellschaft das eine oder andere ändert. **Mao Tsetung aber hat das chinesische Volk zum bewaffneten Sturz der alten Gesellschaft und zum Aufbau der neuen, sozialistischen geführt. Er ist kein Reformer, sondern der größte Revolutionär unserer Tage. In ihm verkörpern sich die fortschrittlichsten Bestrebungen des chinesischen Volkes und der Proletarier und unterdrückten Völker der ganzen Welt.** Volk und Proletariat spielen aber für den 'Stern' keine Rolle, sondern nur der "persönliche Machthunger" Mao Tsetungs. Er hat es angeblich verstanden, alle seine Widersacher auszutricksen und seinen eigenen, rein chinesischen Sozialismus einzuführen. Der 'Stern' möchte uns einreden, wir sollten uns nicht am erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in China orientieren, sowas ginge bei uns nicht. Und auch in China sei das nur eine Reform gewesen, da brauchten wir auch bei uns keine Revolution.

Den Abschuß leistet sich die 'Quick' mit ihrem Roman "Das Mädchen aus China". Hier wird einfach drauf los gelogen. Da sind die chinesischen Kommunisten die Bösewichter, die der Liebe einer 'Nichte' Tschou En-lais zu einem blauäugigen Deutschen im Wege stehen. Im Laufe der Handlung gelangt diese Maid auf eine albanische Sexparty ausgerechnet in London, wo sie Enver Hoxha trifft. **Der primitiven Phantasie imperialistischer Schreiberlinge sind keine Grenzen gesetzt, wenn sie nur die beiden führenden sozialistischen Staaten verunglimpfen.** Die gleichen Lügenmärchen wurden früher über die sozialistische Sowjetunion und Stalin verbreitet.

Aber gegen die Wahrheit kommen Entstellung, Verleumdung und Hetze auf die Dauer nicht an. **Der Sozialismus, insbesondere in China und Albanien, ist auf dem siegreichen Vormarsch und gewinnt immer mehr Sympathien und Anhänger in der westdeutschen und in der internationalen Arbeiterklasse.**



Enver Hoxha unter den Volksmassen

Geschenkabonnement

für:

Ort: .... Straße: ....

Vom 1. Januar 1974 bis 31. Dezember 1974 wird der ROTE MORGEN per Postversand an obige Adresse zugeschickt. Die Überweisung des Geschenkabonnements erfolgt durch:

Name, Vorname ....

Postleitzahl, Ort ....

Straße ....

Datum ....

Unterschrift ....

Das Geschenkabonnement wird mit obigem Abschnitt an den angegebenen Adressaten (siehe *) zugestellt.

Bestellungen an: Verlag G. Schubert – Vertriebsstelle – 46 Dortmund-Hörde Postfach 526.

Parteiveranstaltung

Am 17.12. findet in Kiel-Friedrichsort eine Veranstaltung statt zum Thema: Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler – kommt in die Rote Garde!
Es wird der Film 'Rote Revue' gezeigt.
Ort: Kiel-Friedrichsort, Fördhochhaus; Beginn: 19.30 Uhr.
Veranstaltung der KPD/ML und der ROTEN GARDE in Neumünster zum Thema:
55 Jahre KPD, 5 Jahre KPD/ML. "Vorwärts mit der KPD/ML im Geiste von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann."

Die Veranstaltung findet statt am 28.12.73 um 20 Uhr im Hotel "Deutsche Wacht", Wippendorfstr. (gegenüber Sieck-Kaserne).